

Sigmaringen/Gomaringen

Gemeinden wollen Werkrealschule einklagen

Das Verwaltungsgericht Sigmaringen hat eine Klage angenommen, mit der die Gemeinden Gomaringen, Dußlingen und Nehren vom Land die Einrichtung einer Werkrealschule erzwingen wollen. Eine Werkrealschule in Gomaringen (Kreis Tübingen) war abgelehnt worden.



Schulklasse
(Archivbild)



Noch in diesem Jahr soll es nach Angaben eines Gerichtssprechers eine mündliche Verhandlung zu dem Fall geben. Der Landeselternbeirat erwartet ein richtungsweisendes Urteil: Sollten die drei Gemeinden gegen das Land gewinnen, könnten in vielen anderen Orten doch noch Werkrealschulen entstehen, sagte der Vorsitzende Matthias Fiola. "Das würde das Sterben der Schulen in der Fläche verhindern."

Die Formulierung, über die Land und Gemeinden streiten, steht im Schulgesetz. Dort heißt es: Die Werkrealschule "ist grundsätzlich mindestens zweizügig und kann auf mehrere Standorte verteilt sein". Das Regierungspräsidium

interpretiert diese Passage so, dass ab Beginn der Wahlpflichtfächer in Klasse 8 alle Schüler an einem Standort unterrichtet werden müssen, damit die Jahrgangsstufe zweizügig ist.

Lange und teure Busfahrten würden zur Regel

Gomaringen und seine Nachbarn haben diese Bedingung des Regierungspräsidiums abgelehnt und wollen erstmal ihre Hauptschulen behalten - zumindest so lang, bis die Verwaltungsrichter in Sigmaringen entschieden haben. Die Gemeinden wollen, dass die Schüler an zwei Standorten unterrichtet werden, um lange und teure Busfahrten zu vermeiden. Einmal pro Woche hätten sich alle Schüler eines Jahrgangs an einem Standort für die Wahlpflichtfächer getroffen - denn je mehr Schüler zusammengekommen, desto mehr unterschiedliche Wahlpflichtfächer kann eine Schule anbieten. Diese Lösung wurde vom Regierungspräsidium Tübingen strikt abgelehnt.

Einer Umfrage bei den Verwaltungsgerichten des Landes zufolge ist es bislang in Baden-Württemberg der einzige Fall, dass Gemeinden wegen der Werkrealschule gegen das Land vor Gericht ziehen. Aber die Situation ist in vielen Kommunen ähnlich. Sollten Gomaringen und seine Nachbargemeinden recht bekommen, könnte überall im Land noch einmal ganz neu über die Standorte der Werkrealschulen diskutiert werden.

Letzte Änderung am: 25.07.2010, 10.17 Uhr

URL: <http://www.swr.de/nachrichten/bw/-/id=1622/nid=1622/did=6690402/ih7jm8/index.html>